



Presseschau vom 21.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

wpered.su: Die Stunde des Mutes hat geschlagen. Eine Delegation der KPRF besuchte den Donbass (Teil 2)

<http://wpered.su/2022/09/21/die-stunde-des-mutes-hat-geschlagen-eine-delegation-der-kprf-besuchten-den-donbass-teil-2/>

Dagmar Henn: Die wirkliche Gefahr, wenn Deutschland Leopard 2 an die Ukraine liefert

In den Mainstream-Medien gibt es nur noch Stimmen, die nach mehr Waffen für die Ukraine rufen; aktuell wollen sie Leopard 2-Panzer dorthin geschickt sehen. Die Reaktion der Politik wirkt wie üblich: Halb zog sie ihn, halb sank er hin. Dieser Schritt wäre aber wirklich gefährlich. ...

<https://kurz.rt.com/37ay> bzw. [hier](#)

Elem Raznochintsky: Gegen den weltweiten Inflations-Trend: Russland sieht drei Monate in Folge einen Preisrückgang

Inmitten des Medienfiebers über weltweit galoppierende Inflation – an dem sich vermehrt auch deutsche Regierungsvertreter beteiligen – wird für die letzten drei aufeinanderfolgenden Monate im größten Land der Erde eine Deflation registriert. ...

<https://kurz.rt.com/379l> bzw. [hier](#)

Rachel Marsden: Washington nennt nicht die wahren Gründe, warum es China sanktionieren will

Washingtons Vorgehensweise folgt immer demselben Muster: erst in einem Land Probleme kreieren, danach das Land beschuldigen, diese Probleme verursacht zu haben, anschließend Sanktionen über das Land verhängen und den Einfluss Washingtons ausweiten. ...

<https://kurz.rt.com/377x> bzw. [hier](#)

Rüdiger Rauls: Die überflüssigste Pipeline der Welt?

Der Widerspruch zwischen dem Gasmangel in Deutschland und dem Gasüberfluss in der Ostseepipeline Nord Stream 2 wird immer schwerer überbrückbar. Gleichzeitig nehmen die Versuche von Meinungsmachern zu, diesen Widerspruch durch Verwirrung zu überdecken. ...

<https://kurz.rt.com/37c2> bzw. [hier](#)

Bernd Murawski: Der Ukraine-Konflikt – Kann es trotz allem eine Lösung geben? Teil 1

Sieben Monate sind seit Beginn der militärischen Spezialoperation Russlands vergangen. Friedensverhandlungen erscheinen weiter entfernt denn je. Trotzdem steht die Frage: Was dürfte die gegnerischen Parteien zu einer Lösung des Konflikts veranlassen, und wie könnte eine Einigung aussehen? ...

<https://kurz.rt.com/37cy> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Tag der "Scheinreferenden" - Russlands Bekanntmachungen im Spiegel der deutschen Presse

Wladimir Putin verkündete heute im russischen Fernsehen die Teilmobilisierung. Deutsche Medien reagierten darauf mit nahezu wortgleichen Meldungen, die den Rückschluss auf ein

vorgegebenes Framing und Wording erlauben. ...

<https://kurz.rt.com/37dd> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:05 de.rt.com: **Regime Change in Weißrussland? Wiener Akademie bildet Anführer aus**

An der Diplomatischen Akademie in Wien, einer Kaderschmiede für politische Führungskräfte, werden "Demokratiereform-Experten" ausgebildet. Teilnehmer sind weißrussische Exilanten. In Kooperation mit dem Außenministerium und der Open Society Stiftung bildet man Anführer für einen Regime Change in Weißrussland aus.

Vom 19. bis 30. September findet an der Diplomatischen Akademie in Wien eine Fortbildungseinheit des Trainingsprogramms "Führungskraftetraining in europäischen Beziehungen und Anführerschaft für Demokratiereform-Experten aus Belarus" statt. Das Angebot richte sich an weißrussische Exilanten in Österreich, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen und Polen unter 35 Jahren, [berichtete](#) der österreichische „Wochenblick“ bereits [mehrfach](#) im August.

Auf dem Lehrprogramm stehe neben internationalem Recht, Modulen über Cybersicherheit und "Multilateralismus" der UNO auch das Fach "kosmopolitischer Führungsstil". Laut Aussage der Zeitung wird der Lehrgang – die jährliche Studiengebühr betrage pro Teilnehmer 14.300 Euro – mit Mitteln des Außenministeriums von Alexander Schallenberg finanziert. Bei ihm sei die "Österreichische Entwicklungszusammenarbeit" angesiedelt worden, die unter Sebastian Kurz finanziell aufgestockt worden sei. Aus diesem Fonds fließen unter anderem auch 2,5 Millionen Euro Steuergeld in einen "wirkungsverbundenen Fonds für gender-inklusive FinTech" in Entwicklungsländer.

"Für die ungestörte Errichtung einer neuen Weltordnung muss offenbar zuerst auch der den Globalisten lästige Staatschef in Weißrussland weg", mutmaßt die Zeitung und fragt nach den Zielen, die mit dem Training erreicht werden sollten: "Soll hier ein Regimewechsel im osteuropäischen Land orchestriert werden?"

Im Infolyer der Fortbildung heiße es:

"Das Trainingsprogramm, will Menschen schulen, die 'Anführer der demokratischen Reformen in ihrer Heimat' werden wollen."

Der alpenländische Exkanzler habe sich in der Vergangenheit mehrfach mit Vertretern der weißrussischen Opposition getroffen und halte auch zu weltweiten Financiers von "Regime Change" – Gruppen Kontakt. Offiziell werde die Fortbildung nicht angepriesen. Schließlich sei Österreich offiziell ein neutrales Land, und so könne der Außenminister seine Betätigung für US-Interessen nicht offen kommunizieren.

Laut dem Wochenblick pflegt Schallenberg keine diplomatischen Beziehungen zum rechtmäßigen Präsidenten Alexander Lukaschenko. Stattdessen habe er sich entgegen jeglicher diplomatischer Gepflogenheit unter dem Vorwand einer angeblichen Wahlfälschung mehrfach mit der unterlegenen Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja getroffen. Der österreichische Außenminister pflege zudem regelmäßig Kontakte zum Gründer der Open Society Foundation George Soros und seinem Sohn. Die Open Society habe schon in Serbien und in der Ukraine Regimewechsel gefördert.

Schließlich lieferte die Wochenzeitung auch eine Erklärung für die aktuelle Unbeliebtheit des weißrussischen Präsidenten. Laut dem Wochenblick sei eines klar:

"Weißrussland unter Lukaschenko hält eisern zu Putin und ist der letzte große Pufferstaat zwischen EU/NATO und Russland."

Auch die Verbindung von der Open Society Foundation zur weißrussischen Opposition sei bekannt. Der weißrussische Regierungschef habe schon anlässlich der Protestwelle im Sommer 2020 vor einer möglichen Farbrevolution mithilfe des Westens gewarnt. Dass dieser

Verdacht nicht unbegründet sei, bestätigten laut der Zeitung auch die Aussagen von Pawel Latuschko, der als enger Vertrauten von Tichanowskaja gelte. Demnach habe er in einem Interview mit Radio Swaboda gesagt:

"Ich werde versuchen, Personal für das neue Weißrussland zu rekrutieren. Eine Route ist die Ausbildung von Personal für das neue Weißrussland über die Warschauer Universität. Eine andere sind die Diplomkurse des österreichischen Außenministeriums, die demnächst beginnen."

Der Wochenblick gibt auch Latuschkos Aussage wieder, wonach man sich mit "internationalen Partnern" verständigen wolle, "um über ein Sanktionsregime den Rückhalt von Präsident Alexander Lukaschenko im eigenen Land zu brechen".

So fragte die Zeitung sich schließlich anlässlich der Ausbildung von "Demokratiereform-Experten" an der Diplomatischen Akademie, welche Rolle Österreich in einem mutmaßlich geplanten Regimewechsel in Weißrussland zukäme:

"Soll Schallenberg hier für seine Weltenlenker-Freunde einen Regimewechsel orchestrieren? Soll das formell neutrale Österreich gar für eine Provokation gegen Putin und Russland im Sinne der NATO-Interessen missbraucht werden?"

Auf die Fragenkataloge, die der Wochenblick diesbezüglich an Verantwortliche beim österreichischen Außenministerium und bei der Diplomatischen Akademie eingereicht habe, seien die Institutionen Antworten schuldig geblieben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6329edeb48fbef159d7804ca.jpg>

Der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg auf einer Pressekonferenz im Mai 2022

20:32 de.rt.com: **AKW Saporoschje weiter unter Beschuss**

Die ukrainische Armee hat nach Angaben örtlicher Behörden auch am Dienstag das AKW Saporoschje mit schwerer Artillerie beschossen. Dabei soll kritische Infrastruktur beschädigt worden sein, unter anderem das Kühlsystem des Atomkraftwerks. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti veröffentlichte Aufnahmen der Schäden.

Zuvor hatte die Ukraine ein benachbartes Wärmekraftwerk unter Beschuss genommen. Nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ist dieses Kraftwerk im Notfall für die Aufrechterhaltung der Reaktorkühlung von großer Bedeutung.

20:56 de.rt.com: **Russische Staatsduma führt den Begriff "Mobilmachung" in das Strafgesetzbuch ein**

Die russische Staatsduma hat am Dienstag ein Gesetz beschlossen, mit dem die Strafbarkeit von Verstößen Wehrdienstpflichtiger unter Kriegsbedingungen verschärft wird. Zudem wurden eine Reihe neuer Straftatbestände mit Bezug zum Wehrdienst und staatlichen Rüstungsaufträgen eingeführt.

Abgeordnete der russischen Staatsduma haben am Dienstag auf einer Plenarsitzung einen Gesetzesentwurf verabschiedet, mit dem die Begriffe "Mobilmachung", "Kriegsrecht" und

"Kriegszustand" in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden. Die Änderungsanträge für die zweite und dritte Lesung wurden der Staatsduma am Montag vorgelegt, darauf hatte zunächst Pawel Tschikow, Leiter der Menschenrechtsgruppe Agora, aufmerksam gemacht. In erster Lesung war der Entwurf bereits im Juli dieses Jahres verabschiedet worden.

Demnach werden in einem Artikel des Strafgesetzbuchs die Wörter "bei bewaffneten Konflikten oder Kriegshandlungen" durch "während der Mobilmachung oder des Kriegszustandes, zu Kriegszeiten oder bei bewaffnetem Konflikt oder während Kampfhandlungen" ersetzt.

Bei freiwilliger Begehung in die Gefangenschaft, Plünderung, Verlassen einer Einheit während der Kampfhandlungen und Nichtbefolgen der Anordnung drohen künftig härtere Strafen, berichtet die Nachrichtenagentur Interfax. So drohen bei freiwilliger Begehung in die Gefangenschaft künftig bis zehn Jahre Gefängnis, wenn keine Anzeichen von Hochverrat vorliegen. Ein Ersttäter kann von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit befreit werden, wenn er "Maßnahmen für seine Befreiung getroffen hat, zu seiner Einheit oder seinem Dienstort zurückgekehrt ist und während seiner Gefangenschaft keine weiteren Straftaten begangen hat". Bei Plünderung sind Freiheitsstrafen von bis zu 15 Jahren vorgesehen. Für die Weigerung, sich an Kampfhandlungen zu beteiligen, drohen Haftstrafen von zwei bis drei Jahren.

Bereits am Mittwoch wird der Föderationsrat die Änderungen prüfen. Danach müssen sie vom russischen Präsidenten unterzeichnet werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6329b74e48fbef17994023b0.jpg>

20:50 de.rt.com: **UEFA schließt die russische Fußball-Nationalmannschaft von Qualifikations-Auslosung für EM 2024 aus**

Der russische Fußballverband wird an der Auslosung der Qualifikation für die EM 2024 in Deutschland nicht teilnehmen. Die Europäische Fußball-Union UEFA bestätigte am Dienstag die Regularien für die Ziehung am 9. Oktober in Frankfurt. Daran nehmen 53 Mitgliedsnationen teil – ohne Russland. Ob Russland damit auch von der Endrunde in zwei Jahren ausgeschlossen ist, ließ die UEFA indes offen.

Der weißrussische Fußballverband wird demgegenüber an der Auslosung teilnehmen. Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel hatte in der vergangenen Woche berichtet, Bundesinnenministerin Nancy Faeser habe die UEFA aufgefordert, dass "auch Belarus (...) von allen internationalen Fußballspielen und -turnieren ausgeschlossen" werde.

Der russische Verband hatte die Entscheidung ebenfalls mitgeteilt. Als Grund gab er den UEFA-Beschluss vom Februar an, russische Mannschaften von sämtlichen Wettbewerben auszuschließen. Der Internationale Sportgerichtshof (CAS) hatte Mitte Juli Beschwerden des russischen Verbandes und von vier russischen Clubs gegen die Entscheidung der UEFA

abgewiesen. Belarus darf zwar an UEFA-Wettbewerben teilnehmen, muss die Heimspiele aber außerhalb des Landes und ohne Zuschauer ausrichten.

21:17 de.rt.com: **Ukraine beschießt Wohnhäuser in Nowaja Kachowka mit Raketen**
Ukrainische Truppen haben am Dienstagabend eine Wohnsiedlung in der Stadt Nowaja Kachowka (Gebiet Cherson) mit Raketen angegriffen. Dabei wurden mindestens zwei Menschen verletzt, noch liegen zur Opferzahl keine endgültigen behördlichen Angaben vor.

21:39 de.rt.com: **Charkower Bürgermeister gibt zu, ukrainische Soldaten in Massengräbern verscharrt zu haben**

Der ukrainische Bürgermeister von Charkow Igor Terechow hat am Dienstag die Existenz von durch die Ukraine selbst angelegten Massengräbern ukrainischer Soldaten im Gebiet Charkow eingeräumt.

Den Skandal haben Journalisten der Zeitung Lewy Bereg öffentlich gemacht, als sie ein Massengrab auf dem Gelände des städtischen Friedhofs Nummer 18 entdeckten. Laut Terechow hat der Bestatter "Ritual", ein ihm selbst gehörendes Unternehmen, im Februar und März Soldaten der ukrainischen Armee und Söldner nationalistischer Strukturen auf dem gesamten Territorium in Säcken beerdigt, da angeblich keine Zeit war, Einzelgräber auszuheben, Särge herzustellen und eine christliche Bestattung durchzuführen. Die Frage, wie viele solcher Massengräber es in der Region und in der Stadt gibt, bleibt offen.

22:01 de.rt.com: **Gebiet Saporoschje wird Unabhängigkeit innerhalb seiner administrativen Grenzen erklären**

Das Gebiet Saporoschje wird im Rahmen des anstehenden Referendums seine Unabhängigkeit von der Ukraine innerhalb seiner gegenwärtigen administrativen Grenzen erklären. Dies berichtete das Mitglied des Hauptrats der Gebietsverwaltung von Saporoschje Wladimir Rogow. In einer Sendung des Fernsehkanals Solowjow Live antwortete er auf eine entsprechende Frage:

"Natürlich das ganze Gebiet Saporoschje, anders geht es nicht. Innerhalb der ganzen Grenzen des Gebiets Saporoschje."

Rogow räumte dabei ein, dass sich gegenwärtig etwa 27 Prozent des Gebiets Saporoschje unter ukrainischer Kontrolle befinden. Insbesondere wird die gleichnamige Regionhauptstadt noch von Kiew gehalten.

Zuvor hatte das Oberhaupt der Verwaltung des Gebiets Saporoschje Jewgeni Balizki die Durchführung des Referendums über eine Sezession von der Ukraine und einen Beitritt zu Russland für den Zeitraum zwischen 23. und 27. September angekündigt.

22:20 de.rt.com: **Estland erwägt Panzerlieferungen, falls Donbassrepubliken Russland beitreten**

Im Falle des Beitritts der ehemals ukrainischen Gebiete zur Russischen Föderation hält der estnische Präsident Alar Karis eine Debatte über weitere Lieferungen schwerer Waffen wie Kampfpanzer für nötig. Ein Zusammenschluss der Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie des Gebiets Cherson mit Russland "ändert wahrscheinlich auch die Situation in Europa und das Verständnis, was wir tun sollten", sagte der Staatsoberhaupt am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur.

Karis erinnerte daran, dass Kiew bereits Lieferungen von Panzern gefordert habe. Auch müsse es weitere Sanktionen der EU gegen Moskau geben. Angesprochen auf die angeblich zögerliche Rolle Deutschlands in dem Konflikt, sagte Karis: "Ich denke, wir alle können viel, viel mehr tun."

Die Ukraine hat von westlichen Staaten wie Deutschland auch Kampf- und Schützenpanzer gefordert, die die Truppen bei Vorstößen und der Eroberung von Gebieten nutzen könnten und

die für den Einsatz im direkten Gefecht gebaut sind. Bisher hat kein NATO-Land Kampfpanzer westlicher Bauart geliefert. Kanzler Olaf Scholz betont stets, dass es in dieser Frage keinen deutschen Alleingang geben werde.

Zuvor hatten die Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie das Gebiet Cherson angekündigt, Abstimmungen über einen Beitritt zur Russischen Föderation durchführen zu wollen. Das teilten die Gebietsverwaltungen am Dienstag mit. Die Abstimmungen sollen demnach vom 23. bis 27. September abgehalten werden.

22:34 de.rt.com: **RIA Nowosti verfügt über Beweise dafür, dass in Isjum gefallene ukrainische Soldaten bestattet sind**

Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti ist nach eigenen Angaben in Besitz von [Fotos und Videos](#), mit denen die Behauptungen Kiews über angebliche Massenexekutionen ukrainischer Soldaten in der Stadt Isjum der Region Charkow widerlegt werden können. Eine Auswahl des Materials wurde am Dienstag auf dem Telegram-Kanal der Agentur [veröffentlicht](#).

Die Aufnahmen stammen vom Mai dieses Jahres und zeigen die sterblichen Überreste ukrainischer Soldaten, die bei Kämpfen mit den russischen Streitkräften durch Kugeln und Minenexplosionen getötet wurden. Zumindest einige der Leichen zeigen Anzeichen von Verwesung – offenbar, weil sie lange im Freien gelegen haben.

Nach Angaben eines Korrespondenten von RIA Nowosti, der sich im März und April in der Region aufhielt, gab es zu dieser Zeit heftige Kämpfe in den Dörfern Braschkowka und Suligowka in der Nähe von Isjum. Den russischen Truppen gelang es schließlich, die Dörfer und die umliegenden Wälder vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen, wo sie Dutzende verwesender Leichname ukrainischer Soldaten vorfanden. Diese wurden später nach christlichem Ritus bestattet, auf jedem der Einzelgräber wurde ein Kreuz mit den bekannten Daten aufgestellt.

22:59 de.rt.com: **Krim-Senatorin Kowitidi: Angriffe auf Donbass nach den Referenden werden als Aggression gegen Russland bewertet**

Mögliche militärische Angriffe Kiews nach auf die Gebiete der Donezker und Lugansker Volksrepubliken nach der Durchführung der Referenden müssen als Aggressionen gegen Russland bewertet werden. Dies sagte die Senatorin der Krim Olga Kowitidi. Der Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärte sie:

"Jede Erscheinung militärischer Aggression der Ukraine nach der Verlautbarung der Abstimmungsergebnisse müssen als offene Aggression gegen Russlands Zivilbevölkerung bewertet werden und eine strenge Bestrafung aller Schuldigen nach sich ziehen."

Kowitidi zufolge habe kein Staat das Recht, die Willensäußerung der Bevölkerung der Donbassrepubliken und der befreiten Gebiete zu behindern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632a239148fbef12f24b38f0.jpg>
Olga Kowitidi

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Borrell droht Russland wegen Referenden mit neuen Sanktionen**

Angesichts der Ankündigung von Abstimmungen in mehreren früher ukrainischen Regionen über einen Beitritt zu Russland hat der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell Moskau mit weiteren Sanktionsmaßnahmen gedroht.

Borrell bezeichnete die geplanten Abstimmungen als illegal und spekulierte, die Menschen in diesen Regionen würden "unter ständiger militärischer Bedrohung und Einschüchterung durch Russland leben". Russland und alle, die an den Abstimmungen beteiligt seien, müssten "zur Rechenschaft gezogen werden".

Die von Russland anerkannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie die Gebiete Cherson und Saporoschje im Süden der Ukraine hatten am Dienstag angekündigt, über einen Beitritt zur Russischen Föderation abstimmen lassen zu wollen. Die Abstimmungen sollen demnach vom 23. bis 27. September abgehalten werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632a221e48fbef159d7804f1.jpg>
g

Josep Borrell

8:12 de.rt.com: **Putin verkündet Teilmobilmachung in Russland**

Russland hat Maßnahmen zur Teilmobilmachung verhängt. Das verkündete Wladimir Putin am Morgen kurz nach 8 Uhr Berliner Zeit in einer schon seit dem Vorabend erwarteten [Ansprache an die Nation](#).

Russlands Verteidigungsministerium und der Generalstab haben Präsident Wladimir Putin den Vorschlag einer Teilmobilmachung unterbreitet. Im Wortlaut zur Vorgehensweise der Mobilmachung heißt es:

"Der Einberufung zum Militärdienst werden nur diejenigen Bürger unterliegen, die derzeit als Reservisten geführt werden. Und zwar vor allem diejenigen, die in den Streitkräften gedient haben, über bestimmte militärische Spezialisierung und einschlägige Erfahrungen verfügen." Dem aktiven Einsatz soll eine Zusatzausbildung vorangehen, bei der die vorhandenen Kenntnisse und Fertigkeiten aufgefrischt werden und die bereits bei Russlands Intervention in den Ukraine-Krieg gewonnenen Erfahrungen einfließen sollen, so Putin:

"Die zum Militärdienst einberufenen Personen durchlaufen eine zusätzliche militärische Ausbildung, bevor sie zu ihren Einheiten entsandt werden, wobei die Erfahrungen aus der militärischen Sonderoperation berücksichtigt werden."

Milizen und Freiwillige des Donbass sowie 300.000 Eingezogene russischen Berufssoldaten gleichgestellt

Nur wenig später lieferte Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu eine konkrete Zahl nach: 300.000 Reservisten sollen eingezogen werden. Dies solle jedoch nicht auf einen Schlag geschehen. Die russische Nachrichtenagentur [TASS](#) zitiert den General:

"Hier ist kein Mähdrescher mit extrabreitem Einzug vorgesehen."

Momentan sei geplant, dass die einzuziehenden Reservisten vor allem zur Kontrolle und zum Schutz der bereits befreiten Gebiete eingesetzt werden, [so Schoigu](#):

"Die Kontakt- oder Frontlinie ist über 1.000 Kilometer lang. Natürlich muss alles entlang und hinter dieser Linie kontrolliert und befestigt werden. Die Arbeit zur Teilmobilisierung hat natürlich vorwiegend diesen Zweck."

Wladimir Putin betonte: Die im Rahmen der Mobilmachung Eingezogenen werden den unter Vertrag dienenden Berufssoldaten gleichgestellt – in allen sozialen Belangen, dem Rechtsstatus nach sowie hinlänglich der Besoldung und Renten.

Außerdem habe er die Regierung und insbesondere das Verteidigungsministerium mit derselben Statusangleichung auch für die Soldaten der Volksmilizen der beiden Volksrepubliken Donezk und Lugansk beauftragt. Diese sollen unabhängig davon, ob sie in den Milizen als Wehrpflichtige oder Freiwillige dienen, ebenfalls russischen Berufssoldaten gleichgestellt werden. Nicht zuletzt sollen aber auch ihre Einheiten aus Beständen des russischen Militärs munitioniert sowie mit Fahrzeugen, Waffen und Ausrüstung versorgt werden. Separat erwähnte der russische Präsident in diesem Zusammenhang die medizinische Versorgung der Milizionäre und Freiwilligen.

Rüstungsindustrie vollmobilisiert – Leiter in persönlicher Verantwortung

Der Abstrich "Teil-" gilt nicht für die Mobilmachung der russischen Rüstungsindustrie. Deren Betriebe werden zu Zusatzmaßnahmen zur Bedienung des staatlichen Verteidigungsauftrages verpflichtet, die Bereitstellung zusätzlicher Fertigungskapazitäten ausdrücklich eingeschlossen, so Putin:

"Auf den Leitern der Rüstungsbetriebe lastet unmittelbare Verantwortung für die Lösung von Aufgaben zum Ausbau der Fertigungsraten von Waffensystemen und Militärfahrzeugen, auch durch Schaffung neuer Fertigungskapazitäten."

Um dies zu gewährleisten, soll die Regierung ihrerseits alle Probleme der Rüstungsbetriebe hinlänglich Material-, Ressourcen- und Finanzversorgung unverzüglich lösen.

Alle zuständigen Organe wie die Russische Staatsduma, die Föderale Versammlungskammer und der Föderationsrat werden noch heute brieflich über die Verhängung der Maßnahmen informiert. Die Mobilmachung beginnt am heutigen 21. September.

"Das Mobilisierungsdekret wurde unterzeichnet."



<https://thumbs.odycdn.com/0126054de18dd074872c509bfd788b26.webp>

tass.ru: **Hauptaussagen des Ansprache Putins**

Teilweise Mobilmachung

Die Kontaktlinie ist jetzt in der militärischen Spezialoperation mehr als 1000 km lang und terroristische Schläge mit westlichen Waffen erfolgen bereits auf grenznahe Gebiete von russischen Oblasten. „Die NATO unternimmt in Realzeit unter Einsatz moderner Systeme, Flugzeuge, Schiffe, Satelliten, strategischen Drohnen Aufklärung im ganzen Süden Russlands“.

Auf Vorschlag des Generalstabs und des Verteidigungsministeriums wird eine teilweise Mobilmachung ab 21. September stattfinden.

Einberufen werden Soldaten der Reserve, vor allem solche, die Dienst in den Streitkräften getan haben. Die Mobilisierten werden eine Ausbildung durchlaufen, sie erhalten die gleichen materiellen Garantien wie die Vertragssoldaten. Die Regierung und das Verteidigungsministerium der RF sind angewiesen, den Status der Freiwilligenformationen des Donbass den russischen Soldaten anzugleichen.

Außerdem muss die Regierung Russlands unverzüglich alle Probleme der materiellen, ressourcenmäßigen und finanziellen Versorgung der Unternehmen des Komplexes der Verteidigungsindustrie lösen.

Die Operation war notwendig

„Nachdem das heutige Kiewer Regime praktisch öffentlich von einer friedlichen Regelung des Problems des Donbass Abstand genommen hatte und darüber hinaus sein Bestreben nach Atomwaffen erklärt hatte, wurde absolut klar, dass eine neue, weitere, wie es das schon zweimal gab, groß angelegte Offensive auf den Donbass unausweichlich ist. Und dann wäre genauso ein Angriff auf die russische Krim – auf Russland – unausweichlich gewesen.“

Eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine, der seit 2014 anhält, hat den Westen nicht zufriedengestellt und deshalb wurden die bei den Verhandlungen in Istanbul erreichten Kompromisse „praktisch auf direkte Anweisung“ westlicher Länder zum Scheitern gebracht. Die Republiken des Donbass und die befreiten ukrainischen Oblaste haben sich mit der Bitte an Russland gewandt, die Referenden zu unterstützen und Moskau wird alles tun, damit die Einwohner dieser Territorien in Sicherheit ihre Wahl treffen können. „Die Entscheidung über ihre Zukunft, die die Mehrheit der Einwohner der Donezker und der Lugansker Volksrepublik, der Oblaste Saporoshe und Cherson treffen werden, werden wir unterstützen.“

Die LVR ist „bereits vollständig von Neonazis gesäubert“. Die Kämpfe der DVR gehen weiter, „hier hat das Kiewer Besatzungsregime in acht Jahren eine tief gestaffelte dauerhafte Befestigungslinie geschaffen“.

Die Drohungen des Westens sind nicht hinnehmbar

In den Ländern des Westens sind Erklärungen über die Notwendigkeit eines Zerfalls der RF zu hören – wie dies 1991 mit der UdSSR geschah – in eine „Menge von einander als

Todfeinde gegenüber stehende Regionen und Oblaste“. Russland hat sich immer gegen die verteidigt, die eine Weltherrschaft anstreben und tut das auch jetzt.

Die RF wird auch unverzügliche Schritte zum Erhalt ihrer Unabhängigkeit ergreifen. „Die, die versuchen uns mit Atomwaffen zu erpressen, müssen wissen, das die Windrose sich in ihre Richtung bewegen kann“.

„Die Bürger Russlands können sicher sein: die territoriale Integrität unserer Heimat, unsere Unabhängigkeit und Freiheit wird gewährleistet. Mit allen uns zur Verfügung stehen Mitteln“.

8:42 de.rt.com: **Selenskij wertet Ankündigung der Referenden als "Lärm" ab – und fordert Unterstützung für Armee und SBU**

Kiew's Haltung und Ziele bleiben trotz der Ankündigung bevorstehender Referenden in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk und den Gebieten Cherson und Saporoschje unverändert, erklärte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einer Videoansprache, hier zitiert von der russischen Nachrichtenagentur [TASS](#):

"Unsere Positionen ändern sich nicht durch Lärm und Ankündigungen von irgendwoher, und unsere Partner unterstützen uns dabei voll und ganz."

Gleichzeitig forderte er mehr Unterstützung für die Streitkräfte der Ukraine, mehr Unterstützung für den Geheimdienst, mehr Unterstützung für die Spezialeinheiten, mehr Unterstützung für den Sicherheitsdienst der Ukraine, die Nationalgarde, die Polizei, die Grenzschutzbeamten.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 21.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 2 Panzer;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 6 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Altschewsk, Swatowo und Nishnjaja Dubanka** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 10 Raketen abgefeuert.

Infolge des Beschusses

- wurden in Altschewsk 11 Mehrparteienwohnhäuser, 2 Apotheken, ein Kleidungsgeschäft und ein Café beschädigt;
- wurden in Nishnjaja Dubanka ein Kindergarten, eine Schule, ein Wirtschaftsgebäude eines landwirtschaftlichen Betriebs teilweise zerstört.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Truppen **Troizkoje** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 4 Raketen abgefeuert.

Nach vorläufigen Informationen wurde infolge des Beschusses **eine zivile Einwohnerin, geb. 1950 verletzt**, ein Mehrparteienwohnhaus wurde zerstört, 4 Mehrparteienwohnhäuser und ein Sendeturm wurden beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pionereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort. Im Verlauf des 20. September haben sie mehr als 9 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Staraja Krasnjanka und Priwolje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:32 de.rt.com: **Ukrainische Vizepremierministerin droht Teilnehmern der Referenden mit Gefängnis und Enteignung**

Organisatoren und Teilnehmern an den Referenden über den Beitritt der Donbassrepubliken zu Russland drohen Haftstrafen von bis zu fünf Jahren und die Beschlagnahme von Eigentum, erklärte die ukrainische Vizepremierministerin Irina Wereschtschuk. Dem Internetportal strana.ua erklärte sie am Dienstag, Juristen seien der Ansicht, dass diese Handlungen eine "Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine" darstellten, die mit einer Freiheitsstrafe geahndet werden können.

Wereschtschuk forderte die Bewohner in den nicht von Kiew kontrollierten Regionen auf, sich an den Referenden nicht zu beteiligen – und diese Territorien nach Möglichkeit zu verlassen.

Weiter teilten ukrainische Behörden mit, Kiew habe einen Gesetzentwurf zur strafrechtlichen Verfolgung für den Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft ausgearbeitet. Den Betroffenen drohten bis zu 15 Jahren Haft. Der Erhalt eines russischen Passes ist laut Gesetzentwurf nur dann gerechtfertigt, wenn die Person, die ihn erhalten hat, über Russland und Drittländer in die Ukraine zurückkehren wird. Ein Berater des ukrainischen Präsidialamts hatte zuvor erklärt, dass Bürger der Ukraine, die die russische Staatsbürgerschaft erhalten haben, des Hochverrats angeklagt würden.

Denis Miroschnitschenko, ein Sprecher der Verwaltung der Volksrepublik Lugansk, gab am Dienstag als Zeitspanne für das Referendum über die Vereinigung mit Russland den 23. bis 27. September an. Wenig später kündigte DVR-Chef Denis Puschilin an, dass ein solches Referendum im gleichen Zeitraum in der Volksrepublik Donezk abgehalten werde. Auch die Gebiete Cherson und Saporoschje planen Referenden für den 23. bis 27. September.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 21.09.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **184 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurden **6 Zivilisten verletzt**.

21 Häuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Artilleriegeschütze, ein Panzer, 4

Schützenpanzerwagen. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betragen mehr als 35 Nationalisten.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

10:08 de.rt.com: **Habeck: Bundesregierung berät über Antwort auf "schlimmen und falschen Schritt"**

Ein "schlimmer und falscher Schritt" lautete der Kommentar zur russischen Teilmobilmachung vom bundesdeutschen Vizekanzler Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen). Die Bundesregierung berate derzeit über eine Reaktion auf diese Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, sagte er. Der ehemalige Kinderbuchautor sicherte der Ukraine in diesem Zusammenhang erneut die volle Unterstützung Deutschlands zu.

10:36 de.rt.com: **Serbischer Präsident warnt vor bevorstehendem globalem Krieg**

In den angespannten Beziehungen des Westens zu Russland und China sieht Serbiens Präsident Aleksandar Vučić eine Eskalation bevorstehen, in der kleine Nationen in Zukunft keine guten Nachrichten zu erwarten hätten. Vučić zufolge drohe ein globaler Konflikt, wie es ihn seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben habe.

Die Welt nähere sich einem großen Konflikt, wie es ihn seit 1945 nicht mehr gegeben hat, warnte der serbische Präsident Aleksandar Vučić am zweiten Tag der UN-Generalversammlung in New York.

"Wir sehen Krisen in allen Teilen der Welt", sagte Vučić gegenüber dem serbischen Staatssender RTS und bemerkte, dass UN-Generalsekretär António Guterres in seiner Grundsatzrede bei der Generalversammlung ebenfalls düstere Vorhersagen gemacht habe.

"Ich denke, realistische Vorhersagen müssten sogar noch düsterer sein", erklärte Vučić.

"Unsere Position ist derweil schlechter geworden, seit die UNO geschwächt wurde, die Großmächte übernommen haben und die bisherige Ordnung der vergangenen Jahrzehnte praktisch zerstört wurde." Auf die Frage nach der bevorstehenden Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin sagte Vučić, es sei nicht schwierig, die allgemeinen Umriss ihres Inhalts vorherzusagen.

"Ich gehe davon aus, dass wir die Phase der militärischen Sonderoperation verlassen und uns einem großen bewaffneten Konflikt nähern. Und jetzt stellt sich die Frage, wo die rote Linie liegt und ob wir in absehbarer Zeit – vielleicht sogar in ein oder zwei Monaten – in einen großen globalen Konflikt übergehen werden, den es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat."

Für kleine Nationen, die lediglich in Sicherheit existieren und ihren Bürgern Sicherheit bieten wollen, werde es keine guten oder angenehmen Entwicklungen geben, warnte der serbische Präsident. Er gehe davon aus, dass sich alles in Richtung von komplizierteren Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, aber auch zwischen dem Westen und China bewegen wird.

Vučić beabsichtigt kommende Woche eine Ansprache an die Nation zu halten, um die Bürger Serbiens über "wichtige Entscheidungen" zu informieren, die seine Regierung zu treffen gedenkt. Serbien stand unter enormem Druck der EU und der NATO, Sanktionen gegen Russland zu verhängen und sich auf die Seite des Westens zu schlagen. Doch Vučić hat darauf bestanden, Serbiens Neutralität zu wahren, während er gleichzeitig eingestand, dass Belgrad anstrebe, irgendwann in der Zukunft der EU beizutreten. Brüssel hat Belgrad jedoch bereits wissen lassen, dass die Voraussetzung für einen Beitritt die Anerkennung der abtrünnigen Provinz Kosovo ist, was Vučić nie tun werde.

Russland und China gehören zu jener Hälfte der Regierungen der Welt, die das Kosovo nicht anerkannt haben, das 1999 von der NATO besetzt wurde und sich 2008 mit Unterstützung der USA zum unabhängigen Staat ausrief.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632ac56cb480cc49cb2fb614.jpg>
Der serbische Präsident Aleksandar Vučić

11:16 de.rt.com: **Bund übernimmt 98,5 Prozent der Anteile am Gasimporteure Uniper**

Die Bundesregierung, der Energiekonzern Uniper und der bisherige finnische Uniper-Mehrheitseigentümer Fortum haben sich auf eine weitgehende Verstaatlichung des Gaslieferanten verständigt. Am Mittwoch wurde ein entsprechendes Stabilisierungspaket für Uniper unterzeichnet.

Der deutsche Staat übernimmt alle bisher vom Energiekonzern Fortum gehaltenen Uniper-Anteile, die knapp 78 Prozent betragen. Nach Abschluss einer Kapitalerhöhung und dem Erwerb der Uniper-Anteile werde der Bund damit circa 98,5 Prozent der Gesamtanteile besitzen, so Informationen des bisherigen finnischen Mehrheitsaktionärs Fortum. Der Staat zahle für Fortums Anteile 480 Millionen Euro, teilte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am Mittwoch in Berlin mit. Fortum schreibt zur Begründung in der [Börsenmitteilung](#): "Seit der Vereinbarung des Stabilisierungspakets für Uniper im Juli hat sich die finanzielle Lage von Uniper weiter rapide und signifikant verschlechtert."

Laut Angaben von [Business Insider](#) liegt der Gasimporteure an zweiter Stelle der umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland, nach dem Automobilhersteller Volkswagen. Uniper konnte im Jahr 2021 einen Umsatz von 163 Milliarden Euro vorweisen. Etwa ein Drittel der Mitarbeiter ist in Deutschland beschäftigt. Weltweit werden 11.500 Mitarbeiter beschäftigt.

Der Bund habe zudem eine Finanzspritze von rund 8 Milliarden Euro eingeplant, heißt es beim [Focus](#). Das Wirtschaftsministerium teilte am Mittwoch in Berlin mit, dass seitens der Bundesregierung die Dringlichkeit der angekündigten Verstaatlichung des Energiekonzerns geboten war. Die Entscheidung resultierte "durch die komplette Einstellung der vertraglich vereinbarten Gaslieferungen aus Russland und die stark gestiegenen Gaspreise", schrieb die Nachrichtenagentur dpa. Das Wirtschaftsministerium ließ verlauten:

"Durch die heute beschlossene mehrheitliche Übernahme erlangt der Bund die wesentlichen Mitsprache- und Kontrollrechte bei dem Unternehmen, um die Versorgungssicherheit in Deutschland sicherstellen zu können."

Laut dem Wirtschaftsministerium könnte der Erwerb der Aktien erst nach Erfüllung "diverser regulatorischer Anforderungen und der Genehmigung durch die Hauptversammlung von Uniper" erfolgen. Zudem muss die staatliche KfW-Bank (Kreditanstalt für Wiederaufbau) Uniper zufolge dem Gasunternehmen Finanzmittel entsprechend ihrem Liquiditätsbedarf zur Verfügung stellen. Dazu zähle auch die Ablösung einer Kreditlinie von Fortum, die aktuell aus einem Gesellschafterdarlehen in Höhe von vier Milliarden Euro sowie einer sogenannten Garantielinie in Höhe von ebenfalls vier Milliarden Euro bestehen würde, so die dpa.

Auf einer Pressekonferenz erklärte Minister Habeck, dass mit der Verstaatlichung von Uniper "sich die Frage stellt, ob eine Gasumlage erhoben werden" könne. Eine mögliche Gasumlage

werde der deutschen Wirtschaft helfen, durch diese "schwere Zeit" zu kommen, sagte Habeck vor Journalisten. Der Focus zitiert den Minister mit der Erklärung, dass die Gasumlage ab 1. Oktober komme. Habeck weiter:

"Ob sie verfassungskonform ist nach der Uniper-Verstaatlichung, wird bewertet werden. Sollte die Gasumlage nicht erhoben werden können, brauchen wir eine Alternative. Darüber sind sich alle einig."

Beobachter gehen laut der dpa davon aus, "dass die Uniper-Übernahme durch den Bund die größte Rettungsaktion für ein einzelnes Unternehmen in der bundesdeutschen Geschichte" darstellen werde. Die Gewerkschaft Verdi [begrüßt](#) die Entscheidung der Bundesregierung. "Die Übernahme durch den Bund ist notwendig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und sie ist im Sinne der Beschäftigten", sagte Verdi-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz am Mittwoch in Berlin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632abff048fbef1510656105.jpg>
Glasfassade des Firmensitzes von Uniper in Düsseldorf

11:42 de.rt.com: **New York: Macron und Raisi treffen sich inmitten festgefahrener Atomgespräche**

Der französische Präsident Macron und sein iranischer Amtskollege Raisi trafen in New York – inmitten der ins Stocken geratenen Atomgespräche mit Iran – zu einem persönlichen Gespräch aufeinander. In Iran nehmen die gewaltigen Proteste gegen den Tod einer 22-jährigen Frau derweil zu.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat am Dienstag persönliche Gespräche mit seinem iranischen Amtskollegen Ebrahim Raisi in New York geführt. Das Treffen war Raisis erstes Aufeinandertreffen mit einem führenden westlichen Staatschef seit seiner Wahl im vergangenen Jahr. Das Treffen fand inmitten einer Pattsituation bei der Wiederbelebung der Atomgespräche von 2015 statt. Währenddessen nehmen die Proteste gegen den Tod einer 22-jährigen Frau in Iran zu, die laut Darstellung westlicher Medien im Gewahrsam der sogenannten "Sittenpolizei" starb. In iranischen Medien hieß es, Mahsa Amini sei ohne Fremdeinwirkung an einem Herzversagen gestorben.

Der iranische Präsident hat gegenüber seinem französischen Amtskollegen bekräftigt, dass die Untersuchung mehrerer iranischer Atomanlagen durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA), bei der es um ungeklärte Uran-Spuren geht, für ein neues Abkommen "abgeschlossen" sein müsse.

Die IAEA forderte von Teheran eine Erklärung zum Fund von Uran-Partikeln an mehreren Orten, die Iran nicht als Nuklearanlagen deklariert hatte. Die Informationen darüber stammen offenbar vom israelischen Geheimdienst, der im Jahr 2018 in einer Operation Tausende von Dokumenten aus einem geheimen Atomarchiv in Teheran entwendet hatte.

"Wir sind der Meinung, dass ein Abkommen nicht möglich ist, wenn die Untersuchungen (für

Uran-Spuren) in Iran nicht für beendet erklärt werden", sagte Raisi gegenüber Macron. Der iranische Präsident fügte hinzu, Europa müsse "durch Taten zeigen, dass seine Politik von der der USA unabhängig ist und nicht den Wünschen und der Politik der USA folgt".

Macron hat Berichten zufolge Vorschläge unterbreitet, um die Atom-Gespräche voranzubringen, die erneut ins Stocken geraten sind, nachdem Iran Anfang des Monats schriftlich auf einen EU-Entwurf im Atomstreit geantwortet und Änderungen am Entwurf gefordert hatte.

Frankreich erklärte bereits am Montag, dass es kein besseres Angebot für Iran gäbe, um ein Atomabkommen mit den Weltmächten wiederzubeleben, und dass es an Teheran liege, nun eine Entscheidung zu treffen. Der Chef der EU-Außenpolitik, Josep Borrell, der die Gespräche koordiniert, sagte, er sehe wenig Chancen auf Fortschritte bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen.

Er unterstütze nach wie vor ein "gutes und faires Abkommen", doch müsste sichergestellt sein, dass es auch Bestand habe, sagte Raisi dem US-Sender CBS am Sonntag kurz vor seiner Abreise zur Generaldebatte der UN-Vollversammlung in New York. Nach den Erfahrungen in der Vergangenheit habe sein Land kein Vertrauen mehr in die USA, erklärte Raisi. Deshalb werde es "ohne Garantien" auch kein Vertrauen geben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632abaaf48fbef159d78051f.jpg>

Der französische Präsident Emmanuel Macron hält ein bilaterales Treffen mit dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi am Rande der 77. Vollversammlung der Vereinten Nationen im UN-Hauptquartier in New York am 20. September 2022

11:56 de.rt.com: **Verteidigungsminister Schoigu: "Wir sind im Krieg mit dem kollektiven Westen"**

Die Streitkräfte Russlands und der Volksrepubliken Donezk und Lugansk stehen auf dem Schlachtfeld nicht so sehr der Ukraine gegenüber wie mittlerweile dem kollektiven Westen und der NATO. Diese Beobachtung hat Russlands Verteidigungsminister mit der Herkunft des Kriegsgeräts, aber auch der Aufklärungsdaten kommentiert, das die kiewtreuen Truppen erhalten:

"Die Waffen, die die Ukraine hatte, waren überwiegend sowjetische Waffen – und sie sind faktisch ausgegangen."

Auch die meisten übereifrigen Jungeuropäer haben ihre Bestände von sowjetischen Waffensystemen aus der Zeit des Warschauer Paktes leergeräumt und diese der Ukraine übergeben – doch:

"Wir vernichten sie beständig, nach und nach – und die Zeit ist nun gekommen, in der wir gegen den kollektiven Westen plus die NATO Krieg führen."

Gemeint seien nicht allein die Waffen aus mittlerweile ausschließlich westlicher Herstellung, die die NATO-Staaten liefern,

"sondern Kommunikationssysteme, Systeme zur Datenverarbeitung, Aufklärungssysteme, Daten aus der Satellitenaufklärung – praktisch die gesamte Satellitengruppe der NATO

arbeitet gegen uns. Nach unserer Wertung über 70 militärische und über 200 zivile Satelliten." Separat erwähnte Schoigu die vom Westen gelieferten Präzisionswaffen. Diese würden immer häufiger gegen Zivilisten eingesetzt:

"Sie beschießen Krankenhäuser und Orte mit hohem Menschaufkommen. Wir hielten das zuvor für Kontrolllosigkeit – doch in Wirklichkeit ist das vollständige Weisungsgebundenheit westlichen Ausbildern und Ratgebern gegenüber."

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456258138&hash=d6653e0edb7305f6" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456258138

nachmittags:

12:07 de.rt.com: **Schoigu: Russland hat in der Ukraine knapp 6.000 Soldaten verloren**

Angesichts der jüngst angekündigten Teilmobilmachung erläutert Russlands Verteidigungsminister Schoigu die Maßnahme und beziffert die bisherigen Verluste. Die Armee der Russischen Föderation soll knapp 6.000 Soldaten verloren haben – die Ukraine mehr als 61.000.

Es ist das erste Mal seit Ende März, dass Moskau die Verluste im Rahmen der militärischen Sonderoperation bekanntgibt. Sergei Schoigu, der Verteidigungsminister der Russischen Föderation, nannte in einem Interview mit dem russischen Sender Rossija 24 am Mittwoch konkrete Zahlen. Bislang soll das russische Militär 5.937 Soldaten bei den Kämpfen in der Ukraine verloren haben. Auf ukrainischer Seite sei die Zahl der Todesopfer mit 61.207 getöteten Soldaten zehnmal höher, so der Minister. Er erklärte:

"Die ukrainischen Streitkräfte umfassten ursprünglich zwischen 201.000 und 202.000 Soldaten und sie haben seitdem rund 100.000 Verluste erlitten, wobei 61.207 Menschen getötet und 49.368 verwundet wurden."

Schoigu fügte hinzu, dass Kiew schon Hunderttausende Männer zusätzlich für die ukrainischen Streitkräfte mobilisiert habe. Außerdem erläuterte er, wie die Teilmobilmachung in Russland umgesetzt werde und wer davon betroffen sei:

"Das sind keine Leute, die die Armee noch nie gesehen oder davon gehört haben."

Ihm zufolge werden weder Studierende noch junge Rekruten mobilisiert. Russland verfüge über eine enorme Mobilisierungsreserve von fast 25 Millionen Kräften, die gedient hätten und über militärische Erfahrung verfügten. Hiervon stünden 300.000 Reservisten unmittelbar bereit, die eingezogen werden sollen. Schoigu fügte hinzu, dass die mobilisierten Soldaten die über 1.000 km lange Kontaktlinie sowie die befreiten Gebiete bewachen und verteidigen sollen.

Am Mittwochmorgen hat der russische Präsident Wladimir Putin eine Teilmobilisierung angekündigt, die noch am selben Tag beginnen soll. Außerdem unterstützt der Staatschef die Durchführung der Referenden in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den befreiten Gebieten der Ukraine. Putin versicherte, dass Russland alles in seiner Macht Stehende tun werde, um sichere Bedingungen für die Durchführung der Referenden zu gewährleisten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632acd0248fbef40d51853f2.jpg>

Russlands Präsident Wladimir Putin und Verteidigungsminister Sergei Schoigu am 4. Juli 2022

12:39 de.rt.com: **Bundeskanzler Scholz kritisiert Erdoğan's Pläne zum Beitritt in Schanghai-Organisation**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan liebäugelt – obwohl NATO-Mitglied – mit einem Beitritt in die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Das sorgt bei Bundeskanzler Olaf Scholz und weiteren Bundespolitikern für größere Irritationen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich irritiert über die Annäherung des NATO-Mitglieds Türkei an die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) geäußert. "Wir glauben, dass das keine Organisation ist, die irgendwie einen ganz wichtigen Beitrag für ein gutes Miteinander in der Welt leistet", sagte der SPD-Politiker am Dienstag nach einem Gespräch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan auf eine Reporterfrage am Rande der UN-Generaldebatte in New York. "Deshalb bin ich sehr irritiert über die Entwicklung und Diskussionen", so Scholz.

Der Bundeskanzler betonte mit Blick auf sein Gespräch mit Erdoğan jedoch auch: "Aber am Ende ist es wichtig, dass wir uns darüber verständigen, was uns miteinander hier bewegt, wenn es darum geht, klar zu machen, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine keinen Erfolg haben darf."

Erdoğan und Scholz seien sich in ihrem Gespräch einig gewesen, dass Russland die Kampfhandlungen unverzüglich einstellen und sich vollständig aus der Ukraine zurückziehen müsse, teilte Regierungssprecher Steffen Hebestreit im Anschluss mit.

Erdoğan hatte am Samstag nach einem SOZ-Gipfeltreffen im usbekischen Samarkand laut der staatlichen türkischen Nachrichtenagentur Anadolu erklärt, dass die Türkei der Schanghai-Gruppe beitreten wolle. Sein Land wolle beim Treffen der Gruppe im kommenden Jahr in Indien das Ziel einer Mitgliedschaft erörtern. Im Fall eines Beitritts wäre die Türkei das erste Mitglied der Gruppe, das gleichzeitig auch dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO angehört.

Der 2001 mit Blick auf den Kampf gegen Terrorismus gegründeten Gruppe gehören China, Russland, Indien, Pakistan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan an. Bei dem jüngsten Gipfeltreffen wurde auch Iran aufgenommen, der wie Weißrussland und die Mongolei bislang Beobachterstatus hatte. Es begann der Prozess für die Aufnahme von Weißrussland. Erdoğan wirft der NATO und der EU, wo die Türkei seit 1999 ohne bedeutende Fortschritte Kandidatenstatus hat, mangelnde Unterstützung der Türkei vor.

Auch der SPD-Außenpolitiker Michael Roth warnte die Türkei vor einem Beitritt. Die Organisation stehe "in ihren Werten und Zielen der NATO diametral entgegen", sagte Roth dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) am Dienstag. Er ergänzte:

"Eine türkische Mitgliedschaft wäre somit eine klare Abkehr vom Sicherheitsbündnis NATO."

Die Motivation des türkischen Präsidenten sieht Roth etwa in der Innenpolitik. Erdoğan's Wiederwahl im kommenden Jahr sei unter anderem wegen "Fehlern in der Wirtschaftspolitik" gefährdet:

"Das versucht er nun wettzumachen, indem er sich außenpolitisch zu profilieren versucht: Er betreibt Säbelrasseln gegenüber dem NATO-Partner Griechenland, unterminiert die Sanktionen gegen Russland, droht mit der Blockade des NATO-Beitritts von Schweden und Finnland und kokettiert nun offen mit einer SCO-Mitgliedschaft."

Schon am Montag hatte sich auch der außenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Jürgen Trittin, kritisch gegenüber der Türkei geäußert. Der Welt hatte Trittin gesagt:

"NATO und Europäische Union müssen sich fragen lassen, wie lange sie sich von Erdoğan noch auf der Nase herumtanzen lassen."

Er fügte hinzu:

"Die Türkei hindert die NATO an der Überwachung des UN-Waffenembargos für Libyen. Sie bohrt in Griechenlands Wirtschaftszone. Das NATO-Mitglied Türkei tut mehr für die Umgehung der europäischen Russland-Sanktionen als China. Erdoğan bremst den Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO. Und nun will er zusammen mit dem Iran der SCO beitreten."

Es sei Zeit für eine "robustere Türkei-Politik", so der Grünen-Politiker. Da niemand aus der NATO ausgeschlossen werden könne, müsse über wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen die Türkei nachgedacht werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632ae4c948fbef45685c6cc8.jpg>

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz spricht während der 77. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) am 20. September 2022 im UN-Hauptquartier in New York City, USA

12:54 de.rt.com: **China ruft alle Konfliktparteien in der Ukraine zu Waffenstillstand und Dialog auf**

Die Regierung der Volksrepublik China ruft alle Konfliktparteien in der Ukraine zu einem Waffenstillstand und einer Regulierung im Rahmen eines Dialogs auf. Dies erklärte der offizielle Vertreter des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin in Bezug auf die Ankündigung einer Teilmobilisierung in Russland durch den Präsidenten Wladimir Putin. Nach Angaben der Nachrichtenagentur TASS sagte Wang:

"Die Position Chinas hinsichtlich der Ukraine-Krise ist konsequent und klar. Wir rufen alle Seiten zu Dialog und Verhandlungen auf, um Kriegshandlungen zu beenden und Wege zur Regulierung der berechtigten Sicherheitsorgen aller Seiten zu finden."

Der chinesische Diplomat hob außerdem hervor, dass die internationale Gemeinschaft geeignete Rahmenbedingungen für Verhandlungen schaffen müsse.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632adbb048fbef5c381f9f9f.jpg>
Der offizielle Vertreter des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin

13:29 de.rt.com: **Russisch kontrollierte Teile des Gebiets Nikolajew an Gebiet Cherson angegliedert**

Teile des Gebiets Nikolajew, die unter russischer Kontrolle stehen, werden formal an das Gebiet Cherson angeschlossen. Dies berichtete das stellvertretende Oberhaupt der Gebietsverwaltung von Cherson Kirill Stremoussow. Nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti sagte er:

"Vertreter des Dorfes Alexandrowka und der Stadt Snigirjowka im befreiten Teil des Gebiets Nikolajew haben sich an uns gewandt und gebeten, sie ins Gebiet Cherson aufzunehmen. Damit werden sie als administrative Einheiten des Gebiets Cherson am Referendum teilnehmen."

Zuvor hatte der Verwaltungschef des Gebiets Cherson Wladimir Saldo ein Referendum über eine Sezession des Gebietes aus der Ukraine und einen darauffolgenden Beitritt zur Russischen Föderation angekündigt. Die Abstimmung soll zwischen dem 23. und 27. September durchgeführt werden.

13:36 de.rt.com: **Putin: Russische Waffen zeigen sich gegenüber NATO-Waffen hocheffizient**

Der russische Präsident forderte die Waffenschmieden des Landes auf, westliche Waffen eingehend zu studieren, um an den eigenen Waffen Verbesserungen vorzunehmen. Gegenüber NATO-Waffen hätten sich die russischen Produkte als sehr erfolgreich erwiesen.

Der Konflikt in der Ukraine habe gezeigt, dass russische Waffen eine "hohe Effizienz" im Einsatz gegen NATO-Arsenale aufweisen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag.

"Fast alles im Arsenal der NATO wurde eingesetzt, um das derzeitige Regime in Kiew zu unterstützen, was bedeutet, dass wir diese Systeme studieren müssen, um unsere eigenen technologischen Fähigkeiten qualitativ zu verbessern", sagte Putin während eines Treffens mit Vertretern der Verteidigungsindustrie. Er fügte hinzu, dass auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse und der Erfahrungen an der Front die russischen Waffen dann, wo nötig, verbessert werden können.

Dieser "naheliegende Prozess" sollte "so schnell und effektiv wie möglich" durchgeführt werden, sagte Putin und betonte, dass die Verteidigungsindustrie angesichts der anhaltenden Offensive in der Ukraine die Produktionsvolumen erhöhen müsse, um die Auslieferung der benötigten Waffen und Kampfmittel an die Streitkräfte in so kurzer Zeit wie möglich zu gewährleisten. Gleichzeitig sei es nötig, bei der Waffenproduktion völlig auf Importe zu

verzichten.

Unter den effektivsten russischen Waffen listete der Präsident hochpräzise Langstreckenraketen, Raketenartillerie und gepanzerte Waffen auf. Diese Waffen ermöglichen es den russischen Streitkräften, Kiews militärische Infrastruktur und Kommandoposten zu zerstören, nationalistische Formationen anzugreifen und gleichzeitig Verluste unter den russischen Truppen zu minimieren.

Putins Äußerungen kamen einen Tag, nachdem der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba in einem Interview mit Bloomberg die westlichen Nationen aufgefordert hatte, mehr Waffen an sein Land zu liefern. Kuleba sagte, die derzeitige Gegenoffensive der Ukraine, die von Kiew und dem Westen als Erfolg gefeiert wird, sei "eine klare Botschaft", dass "das Senden von mehr Nachschub sinnvoll ist" und dass "die Ukraine in der Lage sei, Präsident Putin und seine Armee zu besiegen".

Vergangene Woche haben die USA der Ukraine zusätzliche 600 Millionen US-Dollar an Militärhilfe zugesagt, wodurch sich die gesamte US-Militärhilfe für die Ukraine seit Anfang 2021, auf etwa 15,8 Milliarden US-Dollar erhöht hat.

Moskau hat Washington und seine Verbündeten immer wieder davor gewarnt, die Ukraine mit Waffen zu versorgen und erklärt, dass dies den Konflikt nur in die Länge ziehen werde, was zu mehr unnötigen Opfern führt, ohne dass es am Endergebnis etwas ändern würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632ae0bb48fbef43b61a982f.jpg>

Mehrfachraketenwerfer vom Typ BM-21 Grad im Jahr 2015

13:58 de.rt.com: **Staatsduma-Vorsitzender an europäische Parlamente: "Stoppt den Waffen- und Söldnerstrom – sonst bekommt ihr Probleme"**

Einen Appell an die europäischen Parlamente, die Lieferung von Kriegsmaterial und alle weiteren Kriegshilfen an die Ukraine einzustellen, soll Russlands Staatsduma umgehend verfassen. Der Sprecher des russischen Parlaments Wjatscheslaw Wolodin stellte sich hinter, wie er sagte, zahlreiche dahingehende Vorschläge bei einer Plenarsitzung am Mittwoch: "Sie sollen endlich begreifen, dass sie morgen Probleme bekommen werden, wenn sie ihre Haltung nicht ändern und nicht aufhören, Waffen und Söldner in die Ukraine zu schicken."

15:06 de.rt.com: **Flugabwehr im Gebiet Saporoschje während Referenden verstärkt**

Im Gebiet Saporoschje wurde für die Zeit des Referendums über den Beitritt zur Russischen Föderation das Aufgebot der Flugabwehr verstärkt. Dies meldete der Vorsitzende der Bewegung "Wir sind mit Russland" Wladimir Rogow im Fernsehsender Rossija 1:

"Wenn wir über Sicherheit sprechen, so wurde bei uns insbesondere das Luftabwehraufgebot [im Zusammenhang mit dem Referendum] verstärkt, die Artillerieeinheiten verstärkt – damit der Feind nicht durchbricht und versucht, irgendwie die Freiheit der Willensbekundung zu verletzen."

Flugabwehreinheiten erwiesen sich seit Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine auch als Schutz gegen Raketen diverser Systeme wirksam: Von den Mehrfachwerfern Uragan

(220 Millimeter) aus sowjetischer und HIMARS/MLRS (227 Millimeter) aus US-Herstellung aufwärts, über die ebenfalls sowjetischen Smertsch (300 Millimeter) bis hin zu Gefechtsfeldraketen Totschka-U. Raketenartillerie kleinerer Kaliber, in der Ukraine vertreten fast ausschließlich durch Grad (122 Millimeter), und Rohrartillerie sowie Mörser können hingegen nur durch Gegenfeuer der Artillerie oder aus der Luft effektiv unterdrückt werden.

15:28 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: Ukrainischer Kommandant ordnet Vorstoß über Minenfeld an, Kompanie wird aufgerieben**

Die ukrainischen Streitkräfte haben bei erfolglosen Vorstoßversuchen schwere Personalverluste erlitten. Dies meldete Russlands Verteidigungsministerium in seinem täglichen Pressebericht. Der Sprecher der Behörde, Generalleutnant Igor Konaschenkow, erklärte hierzu:

"Durch Feuerschläge gegen Einheiten der 28. Mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Ortschaft Prawdino im Gebiet Cherson verlor der Verband über 200 Menschen und 21 Kampffahrzeuge. Die 4. Kompanie des 2. Bataillons dieses Verbands wurde faktisch vollständig aufgerieben, als der Kommandant der 28. Brigade einen Gegenvorstoß über ein Minenfeld anordnete."

Weitere Verluste habe das ukrainische Militär laut der Meldung nahe Pawlowka in der Donezker Volksrepublik erlitten: Über 60 Soldaten des 3. Bataillons der 1. Brigade des Präsidenten der Ukraine wurden beim erfolglosen Vorstoßversuch getötet oder verwundet sowie vier Panzer und acht Automobile destruiert. Ferner kamen bei einem Raketenschlag gegen die Stellungen des 2. Bataillons der 93. Mechanisierten Brigade über 75 ukrainische Militärangehörige ums Leben und neun Kampffahrzeuge wurden zerstört.

Die russische Luftabwehr habe am vergangenen Tag elf Drohnen abgeschossen sowie 28 HIMARS-Raketen und drei HARM-Raketen abgefangen, die unter anderem auf das Wasserkraftwerk von Nowaja Kachowka abgefeuert wurden.

15:47 de.rt.com: **Nach Anordnung der Teilmobilmachung durch Putin: Öl- und Gaspreise steigen wieder deutlich**

Am Mittwoch reagierten die Öl- und Gaspreise mit einem sprunghaften Anstieg auf die jüngsten Aussagen des russischen Präsidenten. Knapp sieben Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine hat Putin eine Teilmobilmachung angeordnet.

Der Ölpreis stieg am Mittwoch um mehr als 2 Prozent, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin eine Teilmobilisierung des Militärs verkündet hatte. Mit dieser Anordnung dürfte der Krieg in der Ukraine eskalieren und damit einhergehend kommen Befürchtungen über eine Verknappung der Öl- und Gasversorgung auf.

Gegen Mittag kostete ein Barrel (159 Liter) der Nordseesorte Brent 92,76 Dollar und damit 2,14 Dollar mehr als am Vortag. Der Preis für ein Barrel der US-amerikanischen Sorte West Texas Intermediate (WTI) stieg um 2,12 Dollar auf 86,06 Dollar.

Der europäische Future für Gas stieg Berichten zufolge auch heute in der Spitze um knapp acht Prozent auf 211 Euro je Megawattstunde.

Zuletzt hatte sich die Lage am Energiemarkt etwas entspannt. Der europäische Gaspreis war zu Wochenbeginn um gut sieben Prozent auf 174 Euro je Megawattstunde gefallen.

Putin erklärte, er habe ein Dekret über die Teilmobilisierung ab Mittwoch unterzeichnet, um russische Gebiete zu verteidigen. Russlands Ziel sei es, die ostukrainische Region Donbass zu befreien.

Nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs stiegen die Ölpreise in die Höhe und erreichten im März ihren Höhepunkt. Die Sanktionen der Europäischen Union, die die Einfuhr von russischem Rohöl auf dem Seeweg verbieten, werden am 5. Dezember in Kraft treten.

Unterdessen erklärten die Vereinigten Staaten, sie erwarteten auf der UN-Generalversammlung in dieser Woche keinen Durchbruch bei der Wiederbelebung des

Atomabkommens mit dem Iran aus dem Jahr 2015, was die Aussichten auf steigende iranische Öllieferungen auf den internationalen Markt verringert. Die rund 20 Staaten der OPEC+ haben kürzlich ihr Förderziel nach den Erhöhungen der vergangenen Monate wieder leicht abgesenkt. Die gemeinsame Tagesproduktion für den Oktober wird demnach um 100.000 Barrel reduziert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b157748fbef48e1317329.jpg>

16:03 de.rt.com: **Föderationsrat nimmt Änderungspaket zur Wehrpflicht an**

Der Föderationsrat der Russischen Föderation hat ein Paket von Änderungen am russischen Strafgesetzbuch über den Militärdienst angenommen. Die Senatoren billigten die Änderungen an den Rechtsvorschriften in einer Plenarsitzung am 21. September.

Nach den Änderungen wird ein erschwerender Umstand für Straftaten gegen den Militärdienst in Betracht gezogen, wenn sie nicht nur unter den Bedingungen eines bewaffneten Konflikts oder von Feindseligkeiten begangen werden, sondern auch während der Mobilisierung oder des Kriegsrechts in Kriegszeiten. Diese Begriffe werden auch zum ersten Mal in das Strafgesetzbuch aufgenommen.

So wird die Verantwortung für die Nichtausführung militärischer Befehle (Haftstrafe von drei bis zehn Jahren), Widerstand gegen den Militärdienst, Desertion (von fünf bis zehn Jahren), Fahnenflucht, Dienstverweigerung, Verletzung der Dienstvorschriften und Verlust von militärischem Eigentum (bis zu fünf Jahren), freiwillige Kapitulation (von drei bis zehn Jahren) und Plünderung (bis zu 15 Jahren) verstärkt.

Gleichzeitig werden die aus der Reserve zur militärischen Ausbildung Einberufenen bei Nichterscheinen oder unbefugtem Verlassen des Dienstortes ebenso strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wie Vertragsbedienstete.

Mit den Änderungen wird auch die strafrechtliche Verantwortung für wiederholte Verstöße gegen die Vertragsbedingungen für die Beschaffung von Verteidigungsgütern eingeführt – wer dagegen verstößt, muss mit vier bis acht Jahren Gefängnis rechnen, und wenn die Aufgabe nicht erfüllt wurde oder der Schaden nicht weniger als fünf Millionen Rubel beträgt, wird die Strafe auf fünf bis zehn Jahre erhöht.

16:18 de.rt.com: **Stabschef von Selenskij: "Die russische Frage" wird mit militärischer Gewalt gelöst**

Die Volksrepubliken Lugansk und Donezk wollen in den kommenden Tagen Abstimmungen über den Beitritt zur Russischen Föderation abhalten. Die Ukraine hat die anstehenden Referenden als "Manipulation" und "Angst vor der Niederlage" Russlands abgetan. Hochrangige Beamte in Kiew haben die Pläne mehrerer derzeitiger und ehemaliger ukrainischer Regionen, Volksabstimmungen über den Beitritt zu Russland abzuhalten, als irrelevant bezeichnet.

Andrei Jermak, Stabschef des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, nannte die

geplanten Abstimmungen eine "Erpressung" durch Moskau. Auf dem Kurznachrichtendienst [Twitter](#) schrieb Jermak in einem Beitrag:

"So sieht die Angst aus. Der Feind hat Angst und bedient sich primitiver Manipulationen." Der Leiter des Präsidentialamtes fügte hinzu, dass "die Ukraine die russische Frage lösen wird", und betonte, dass dies "nur mit militärischer Gewalt" geschehen könne.

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba spielte die Nachricht von den bevorstehenden Volksabstimmungen ebenfalls herunter und bezeichnete sie als "Schein-Referenden", die "nichts ändern werden". Er schrieb auf [Twitter](#):

"Die Ukraine hat jedes Recht, ihre Territorien zu befreien, und wird dies auch weiterhin tun, egal was Russland dazu sagt."

Die Verurteilungen und Drohungen erfolgten als Reaktion auf die Absicht der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der ukrainischen Regionen Cherson und Saporoschje, Referenden über ihren Beitritt zur Russischen Föderation abzuhalten. Die Volksabstimmungen sollten bereits Ende dieser Woche stattfinden.

Kiew hatte zuvor jeder Person, die sich an einem solchen Plebiszit beteiligen wird, mit strafrechtlicher Verfolgung gedroht. Die stellvertretende Ministerpräsidentin Irina Wereschtschuk sagte etwa, dass jedem Teilnehmer an einem solchen Referendum eine Haftstrafe von fünf bis zehn Jahren Dauer sowie die Beschlagnahme seines Eigentums drohe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b0d49b480cc495d1a5472.jpg>

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij und der Leiter des Präsidentialamtes Andrei Jermak (l.) in Isjum in der Region Charkow am 14. September 2022

16:41 de.rt.com: **Weißrussischer Sicherheitsrat erklärt, Armee ist zur Bekämpfung von Provokationen bereit**

Die weißrussischen Streitkräfte seien bereit, im Fall von Grenzübertreten und provokativen Handlungen seitens der Ukraine zurückzuschlagen. Dies erklärte der Staatssekretär des Sicherheitsrates der Republik, Alexander Wolfowitsch, am Mittwoch. Seine Worte wurden von der Nachrichtenagentur Belta zitiert:

"Auf dem Territorium von Weißrussland werden alle Maßnahmen ergriffen, um das Land zu verteidigen und unsere Grenzen zu schützen. Die weißrussischen Streitkräfte werden niemanden angreifen, aber im Falle des Überschreitens unserer Grenze und einiger provokativer Handlungen unserer Nachbarn ist die Sicherheitseinheit bereit, zurückzuschlagen. Alle Systeme der Sicherheitseinheit von Weißrussland arbeiten auf koordinierte, systematische Weise und lösen Sicherheitsaufgaben."

Der Staatssekretär erklärte, dass Weißrussland seine Grenzen und seine Sicherheit stärke. Er sagte, dass es bereits heute eine Militarisierung und eine Zunahme der militärischen Aktivitäten auf dem Territorium der Nachbarländer gibt. Wolfowitsch erklärte:

"Wir sehen eine Zunahme der Truppenstärke, der Verbände, der Übungen, der Überflüge von Aufklärungsflugzeugen – und das nicht nur aus dem Westen, sondern auch von unserem

südlichen Nachbarn, unserer einst brüderlichen Ukraine."

Er betonte, dass Weißrussland für niemanden eine Bedrohung darstelle, das Land aber bereit sei, alle Maßnahmen zum Schutz seiner westlichen und südlichen Grenzen zu ergreifen.

Wolfowitsch fügte hinzu:

"Eine der von Präsident Lukaschenko gestellten Aufgaben ist es, alles zu tun, um aggressive Nachbarn daran zu hindern, unser brüderliches Russland vom Westen her über das Territorium von Weißrussland anzugreifen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b1bc9b480cc495d1a5490.jpg>

Alexander Wolfowitsch

16:59 de.rt.com: **Russlands Wirtschaftsministerium: Prognosen deutlich verbessert**

Der Wirtschaftsminister Russlands, Maxim Reschetnikow, hat am Mittwoch eine aktualisierte Prognose vorgestellt. Er nannte die russische Wirtschaft "widerstandsfähig" und kündigte für Ende 2022 anstelle der zuvor prognostizierten 4,2 Prozent einen BIP-Rückgang von lediglich 2,9 Prozent an.

Der russische Wirtschaftsminister, Maxim Reschetnikow, hat auf einer Sitzung des Föderationsrates am Mittwoch die aktuellen Wirtschaftsprognosen bekannt [gegeben](#). Das Ministerium geht nun davon aus, dass das russische BIP am Ende des Jahres 2022 um 2,9 Prozent schrumpfen wird. In früheren Prognosen war demgegenüber noch ein Rückgang von 4,2 Prozent vorhergesagt worden.

Der Minister betonte, dass sich die "russische Wirtschaft gegenüber den globalen Herausforderungen als widerstandsfähig" erwiesen habe. Für das Jahr 2023 werde entsprechend eine Abnahme des BIP von lediglich 0,8 Prozent erwartet, so Reschetnikow weiter. Zuvor hatte das Wirtschaftsministerium noch einen Rückgang von 2,7 Prozent im Jahr 2023 prognostiziert.

Den Angaben des Ministers zufolge werde die russische Wirtschaft 2024 und 2025 aufgrund der beständigen inländischen Verbraucher- und Investitionsnachfrage um 2,6 Prozent wachsen.

Aktuell gehe das Wirtschaftsministerium am Ende des Jahres 2022 von einer Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent aus, und die Inflation soll bei 12,4 Prozent liegen. Zwar werde das verfügbare Einkommen der Russen im Jahr 2022 voraussichtlich um 2 Prozent sinken, aber bereits im nächsten Jahr wieder um 2 Prozent steigen.

Reschetnikow hob hervor, dass die von der Regierung ergriffenen Hilfemaßnahmen zur Stabilisierung der russischen Wirtschaft beigetragen hätten, ebenso wie die steigenden Gewinne aus Energieexporten nach der Einführung der Sanktionen gegen Russland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b14e848fbef45685c6d21.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 21. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 47 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialunterstützung ausgezahlt.

Die Arbeit zur Inbetriebnahme von zwei Mobilfunkbasisstationen in Mariupol wurden fortgeführt.

Mehr als 5100 Menschen wandten sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol, Wolnowacha und Luganskoje gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 81 Hektar Territorium und 237 explosive Objekte entschärft. Spezialisten der Elektrizitätswerke führen weiter Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Kominternowo, Wolnowacha, Mariupol und Mironowskij durch. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. Infolge von Angriffen haben

Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:17 de.rt.com: **Atomkraftwerk Saporoschje weiterhin unter ukrainischem Beschuss**

Die ukrainische Artillerie setzt ihre Angriffe auf die Stadt Energodar und das Atomkraftwerk von Saporoschje fort. Ein Wasserrohr des Sicherheitssystems des fünften Reaktorblocks des Kernkraftwerks sei beschädigt worden. Auch die vom fünften Reaktorblock ausgehenden Stromleitungen wurden beschossen. Wie Russlands Verteidigungsministerium in seinem täglichen Pressebericht mitteilte, erfolgte der Beschuss von der nördlich gelegenen Ortschaft

Marganez aus.

Durch russisches Gegenfeuer sei die ukrainische Artillerie zum Schweigen gebracht worden, die Strahlungswerte am Kraftwerk befinden sich im Normbereich, so das Ministerium.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632b206748fbef43e4330779.jpg>

17:49 de.rt.com: **Ungarischer Außenminister äußert sich zu Russlands Teilmobilisierung**

Ungarn setzt sich weiterhin für die schnellstmögliche Aufnahme von Friedensgesprächen zur Lösung des Ukraine-Konflikts ein, erklärte Außenminister Péter Szijjártó vor ungarischen Journalisten zu den Nachrichten über die Teilmobilisierung in Russland. Er sagte:

"Wir in der Nachbarschaft der Ukraine können nichts anderes sagen, als dass wir Frieden wollen. Wir fordern die starken Akteure der Weltpolitik auf, endlich miteinander zu reden, sich zu einigen, endlich einen Waffenstillstand zu schließen und endlich Verhandlungen aufzunehmen, die Frieden in unsere Nachbarschaft bringen können."

Er bekräftigte seine Ansicht, dass die UN-Generalversammlung genutzt werden sollte, um schwierige Fragen zu lösen und Verhandlungen zu führen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632b288348fbef458b754358.jpg>

Péter Szijjártó

abends:

18:26 de.rt.com: **LVR: Siedlung Nowoaidar mit HIMARS-Raketen beschossen**

Die Siedlung Nowoaidar in der Lugansker Volksrepublik ist vom ukrainischen Militär beschossen worden. Beim Angriff wurden zehn Raketen vom Typ M31 GMLRS von einem

US-amerikanischen HIMARS-Raketenwerfer abgefeuert, meldete die Vertretung der LVR beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination.

Wie die Behörde auf ihrem Telegramkanal [mitteilte](#), ist beim Beschuss ein Zivilist des Jahrgangs 1994 ums Leben gekommen und eine weitere Person verletzt worden. Außerdem wurden unter anderem ein Wohnhaus, das Studiengebäude und das Wohnheim der örtlichen Landwirtschaftsberufsschule, ein Getreidespeicher, eine Lagerhalle für Düngemittel und Agrargeräte sowie mehrere landwirtschaftliche und sonstige zivile Fahrzeuge zerstört.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/vo-v7xaZzJ8kKoMLNS7n0n7UWPGZqhTEDIhaU5pqhE3wbKc72YSw4TX3ikW8aV3Mg6YUnIPLMU8rIukFl4KkoE2AtwNqdemHkN_uRKwFscQP0ncbLE_YUajPTGACcC6fKKFeagE80hP220h2hPFupi7YWinOlRePqcoC7Uc-R6nbhZJVC4FODu7Lj26YtFUOc-AppfrPkhCG0-CVv5oHZWgftxWJUCZGYTystFdXe9Zo75k2xyoBNOzAxNo5sWJ7pMPpPgvNjd_NzczajapaWz2zxfpeBP1qTL78MkDDCJ1FsqxewGPiWbdIfIxWk93sMyO006zfKil-wUUaMJNx2Q.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 21.09.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **mehr als 250 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **24 Zivilisten verletzt**.

20 Gebäude und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.